

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu:

Antrag auf Aktuelle Stunde der SPD-Fraktion - Zukunftschancen gezielt angehen - Brandenburg als fortschrittliche und erfolgreiche Industrieregion ausbauen - Drucksache 7/478 (Neudruck) vom 14.01.2020

Brandenburg als eine innovationsstarke und nachhaltige Industrieregion in Deutschland weiterentwickeln

Brandenburg bietet bereits heute enorme Standortvorteile. Sein großes Angebot von Industrie- und Gewerbeflächen in verkehrsgünstiger Lage, das Fachkräftepotential und hier insbesondere die große Zahl von Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die Verfügbarkeit von im Land erzeugten regenerativen Energien sowie die Forschungsstärke der Wissenschaftseinrichtungen machen Brandenburg insbesondere für moderne und CO₂-arme Industrien interessant. Für die Zukunft gilt es, diese Potentiale noch stärker zu nutzen und durch Investitionen in die Regionalentwicklung, Wissenschaft und Forschung, Innovation, moderne Infrastruktur, Digitalisierung und Klimaschutz gezielt zu unterstützen.

Brandenburg konnte in den zurückliegenden Jahren schon viele zukunftssträchtige Investitionen anziehen. Aktuelle Ansiedlungserfolge zeigen, dass Brandenburg mit seiner engen Begleitung neuer Investorinnen und Investoren seinen industrie- und innovationspolitischen Akzenten auch international als attraktiver Standort zunehmend wertgeschätzt wird.

Brandenburg muss in den kommenden Jahren seine Position als fortschrittliche und nachhaltige Industrieregion in Deutschland weiter ausbauen. Diese Entwicklung macht Brandenburg attraktiv für Menschen aus allen Regionen und Altersgruppen. Sie bietet neue Perspektiven für die Ansiedlung von Unternehmen und Startups sowie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch attraktive und gut bezahlte Arbeitsplätze im Einklang mit dem Schutz von Umwelt und Klima.

Der Bund und die vier Braunkohleländer haben sich in der vergangenen Woche auf einen Fahrplan zum Kohleausstieg geeinigt. Jetzt kommt es darauf an, die vereinbarten Eckpunkte in Gesetzen und der zwischen Bund und Ländern abzuschließenden Vereinbarung verbindlich festzuschreiben. Dabei ist darauf zu drängen, dass die Ergebnisse der WSB-Kommission 1:1 umgesetzt werden.

Einen maßgeblichen Anteil spielen hier auch die Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, insbesondere mit den gezielten Neu-Ansiedlungen von Forschungseinrichtungen und -projekten in der Lausitz.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. durch die Etablierung eines „Bündnisses für Industrie“ die industriepolitischen Akteurrinnen und Akteure bei der Weiterentwicklung des Industriestandortes Brandenburg einzubeziehen,
2. eine Konzeption zur Erhöhung der Akzeptanz der Industrie als wesentliches Rückgrat zur Sicherung von Wertschöpfung und Beschäftigung einschließlich der Herausforderung „Fachkräftegewinnung“ zu erarbeiten und umzusetzen,
3. ein landesweites Konzept für die Entwicklung und Mobilisierung zusätzlicher Flächen für Industrieansiedlungen zu entwickeln,
4. die Transferstrategie zügig umzusetzen und weiterzuentwickeln, um aus der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft innovative Produkte und Verfahren zu entwickeln,
5. die Leitlinien Industriepolitik im Hinblick auf Umwelt- und Klimaschutz zu überarbeiten,
6. sich beim Bund für eine Änderung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) einzusetzen, damit der in Brandenburg regional erzeugte erneuerbare Strom als Standortvorteil für Brandenburgs Unternehmen stärker zum Tragen kommt und
7. in den Verfahren zum Kohleausstiegs- und Strukturstärkungsgesetz die Umsetzung der Ergebnisse der WSB-Kommission und die für Brandenburg vereinbarten strukturellen Eckpunkte zu verankern und damit die Grundlagen für die Neuausrichtung des Wirtschafts- und Industriestandorts Lausitz zu schaffen.

Die Landesregierung wird gebeten, dem Wirtschaftsausschuss des Landtages jährlich - erstmals im November 2020 - über den Stand der Umsetzung zu berichten.

Begründung:

Der Ausbau moderner und CO₂-armer Industrien stellt eine große Chance für die wirtschaftliche Entwicklung und die Entstehung von neuen Arbeitsplätzen dar. Im Koalitionsvertrag ist deshalb festgehalten, dass wir in Brandenburg zukünftig nachhaltiger wirtschaften, die Bedingungen für gute Arbeitsplätze verbessern und Fachkräfte von morgen ausbilden.